

Es droht eine Budgetreduktion

Engagierte Jugendliche stellten gestern an der 6. Vollversammlung der Jugendbeteiligung Liechtenstein (Jubel) ihre Projekte vor. Im zweiten Teil der Veranstaltung wurde vor allem die drohende Finanzierungslücke thematisiert.

Schaan. – Mit grossem Selbstbewusstsein und einer gesunden Portion Humor berichteten die Jugendlichen im Grossen Saal am Lindaplatz über ihre im letzten Jahr initiierten Projekte.

Welche Idee die meisten Anhänger fand, war offensichtlich: Bei der Präsentation von «Tablet vs. Paper», bei der es um den Ersatz von Papier im Schulunterricht geht, war die Bühne voll. Während einige Gruppenmitglieder die Reduktion der Kosten für Papier und Drucker vorrechneten, beschrieb ein Schüler ein Blatt nach dem anderen und warf es demonstrativ auf den Boden; daneben konzentrierte sich ein anderer auf die Arbeit mit einem Tablet-PC. «Schüler sind automatisch motivierter, wenn etwas Elektronisches dabei ist», sagte ein Gruppenmitglied. Mögliche Hindernisse für ihr Projekt seien die Kosten und «dass man uns nicht ernst nimmt, weil wir Jugendliche sind».

Selbstbewusste Jugendliche

Die Vollversammlung machte deutlich, dass die Jugendlichen durch Jubel viel gelernt haben und ernst genommen werden dürfen: Sie entwickeln eigenständig Projekte, müssen dafür Verantwortung übernehmen und können dabei ihr Selbstbewusstsein stärken. «Ich habe gelernt, vor Leuten zu reden», sagte die Schülerin Sandra Gomez.

Bei einigen der präsentierten Projekte wie dem «Jugendlokal YOLO» oder der «Mediengruppe Jubel» geht es um Unterhaltungs- bzw. Lernangebote von Jugendlichen für Jugendliche. Bei der «Schüler-Lehrer-Konferenz» steht die stärkere Mitbestimmung der Jugendlichen in der Schule im Vordergrund. «Voraussetzung ist, dass der Dialog auf Augenhöhe statt-

findet», kommentierte Nicolas Biedermann, Moderator der Veranstaltung, das Projekt.

Finanzierung ab Juli unsicher

Biedermann, der die Jugendlichen bei der Vorbereitung ihrer Präsentation unterstützte, thematisierte im zweiten Teil der Veranstaltung die Zukunft der Jugendbeteiligung. Die Finanzierung der Plattform sei in dieser Form nur noch bis Juni gewährleistet. Die Regierung habe darüber informiert, dass die Hälfte des Budgets fehle, sagte Iris Ott, Geschäftsleiterin des Vereins Aha Liechtenstein, welche Jubel betreut.

Ott befürchtete, dass eine Budgetkürzung zu einem totalen Scheitern führen könnte, wie sie das bei ähnlichen Jugendpartizipations-Projekten in der Bodenseeregion beobachtet habe. Ganz so drastisch sah es Rachel Guerra, Mitarbeiterin des Schulamts, aber nicht. Sie forderte einen «Plan B»: Man könne Jubel auch mit gekürztem Budget in anderer Form fortführen.

Es fehlt nicht viel

Statt 55 000 Franken wie im Vorjahr stehen Jubel dieses Jahr nur noch 35 000 Franken zur Verfügung, erklärt Sabrina Wachter von Aha auf Anfrage. Es fehlten also 20 000 Franken, die bisher von einer Regierungsstiftung zugesprochen wurden.

Die Politik müsse in diesem Bereich ihre Verantwortung wahrnehmen, forderte Hansjörg Frick, Vorstandsmitglied des Aha, und beklagte gleichzeitig, dass «von den Politikern fast niemand anwesend ist». Ein Paradebeispiel für die Jugendpartizipation lieferte die Schülerin Selina Banzer, indem sie zu bedenken gab, dass es in der Realschule Vaduz eine Kletterwand gebe, die jedoch kaum benutzt werde: «Für so etwas hat man Geld.»

Die anwesenden Jugendlichen müssten auf alle Fälle nicht um ihre Projekte fürchten, versicherte ihnen Ott. Die bestehenden Projekte würden trotz der offenen Finanzierungsfrage weitergeführt. (maf)



Angeregte Diskussion: Engagierte Jugendliche im Dialog mit Jugendarbeitern, Vertretern des Schulamts und des Vereins Aha. Die Politik ist untervertreten.

Bild Daniel Schwendener

Zur Jubel-Vollversammlung

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung von Margot Sele, Ombudsfrau für Kinder und Jugendliche.

Leider fand die diesjährige Jubel-Vollversammlung (Jugendbeteiligung Liechtenstein) vom 6. März sozusagen ohne Politiker statt. Lediglich ein Landtagsabgeordneter der Freien Liste und der Geschäftsführer der FBP nahmen sich Zeit. Die Jugendlichen haben Projektideen entwickelt und sich intensiv darauf vorbereitet, diese vor Vertretern aus Gesellschaft und Politik zu präsentieren. Der Umstand, dass die neue Regierung noch nicht eingesetzt, der Landtag nicht eröffnet

ist und am gleichen Tag das Begräbnis einer in Liechtenstein sehr geschätzten und hochverdienten Persönlichkeit stattfand, können teilweise als Begründung dieser bedauerlichen Abwesenheit der Politiker an der jährlich stattfindenden Jubel-Vollversammlung akzeptiert werden. Trotzdem wirft dies einige grundsätzliche Fragen auf: Wie ernst nehmen die Verantwortlichen in der Politik die Anliegen und Ideen junger Menschen in Liechtenstein? Wie steht es um den Dialog zwischen Jugend und Politik?

Jubel ist ein Jugendbeteiligungsmodell auf Landesebene und ermöglicht informelle Politik- und Demokratiebildung auf praxisbezogene Art und Weise. Mit Unterstützung von er-

wachsenen Jugendbeauftragten erwerben die jungen Menschen wichtige Kompetenzen, die ihnen ermöglichen, Ideen und Lösungsmöglichkeiten zu entwickeln, mit guten Argumenten Mehrheiten zu finden, Kompromisse zu schliessen und sich auch von Rückschlägen nicht entmutigen zu lassen. Jubel-Mitglieder sind unter Umständen die Verantwortungsträger von morgen. Gesetzliche Bestimmungen und Lippenbekenntnisse reichen nicht aus, um Jugendbeteiligung voranzubringen. Es geht nun darum, das Potenzial junger Menschen zu nutzen, indem wir Jugendliche in Tat und Wirklichkeit an der Gestaltung unserer Gesellschaft beteiligen.

FORUM

Zum Equal Pay Day

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung von Petra Eichele, LANV.

Der Equal Pay Day findet auch in diesem Jahr am 7. März statt. Immer noch müssen Frauen für denselben Lohn, den Männer am 31. Dezember in der Tasche haben, über 2 Monate länger arbeiten, erneut bis zum 7. März. Es hat sich nichts geändert! Der Lohnunterschied beträgt in Liechtenstein bei gleicher Qualifikation und Position immer noch 17,8 Prozent, obwohl gleicher Lohn für gleiche Arbeit durch die Verfassung, das Gleichstellungsgesetz und durch Gesamtarbeitsverträge garantiert ist.

Wo liegen die Gründe dieser Ungerechtigkeit?

- Typische Frauenarbeiten werden grundsätzlich weniger geschätzt und

tiefer entlohnt als typische Männerarbeiten.

- Frauen arbeiten wegen der zusätzlichen Familienarbeit häufiger Teilzeit (Frauen: 57 %, Männer: 12 %), was negative Auswirkungen insbesondere auf ihre Aufstiegsmöglichkeiten hat. Einbussen beim Lohn und bei der Lohnentwicklung sind die Folge.

- Frauen profitieren weniger von Bonusprogrammen (31,5 % der Männer und nur 23,9 % der Frauen profitieren von zusätzlichen Boni und Nebenleistungen).

- Erwerbstätige Frauen haben weniger häufig eine Vorgesetztenfunktion oder sind seltener in der Unternehmensleitung tätig als Männer (Frauen: 23 %, Männer: 37 %).

- Frauen werden oft bereits beim Einstieg ins Erwerbsleben tiefer entlohnt als ihre männlichen Kollegen.

- Frauen fehlen in bestimmten Beru-

fen, Branchen und auf den Stufen der Karriereleiter.

Der LANV ermuntert alle Frauen dazu, ihre Löhne nicht einfach hinzunehmen, sondern hinzuschauen, ob ihr Lohn gerecht ist. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund hat einen Lohnvergleichsrechner entwickelt, den Fairpay-Lohnrechner, auf dem Arbeitnehmerinnen überprüfen können, ob sie von einer Lohnungleichheit betroffen sind (www.lohnvergleich.ch). Der LANV setzt sich ein für die Verbesserung der Lebens- und Arbeitssituation der Frauen. Wir kämpfen für höhere Mindestlöhne und Lohngleichheit, für eine bessere Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit zwischen Männern und Frauen. Erst wenn die finanzielle Unabhängigkeit der Frauen gegenüber den Männern gewährleistet ist, wird die Gleichstellung der Geschlechter in der Realität möglich.

Mit fremdem Geld ist gut bauen

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung des Schulleiters vom Freiwilligen 10. Schuljahr, Manfred Nohel.

VU-Gemeinderat Frank Konrad schlägt im Gespräch mit Bettina Stahlfrick («Liechtensteiner Vaterland» vom 5.3.2013) vor, mit dem Land seriöse Verhandlungen über eine Unterbringung der Tagesschule Vaduz in den Räumlichkeiten des Freiwilligen 10. Schuljahrs zu führen. Er begründet dies mit der räumlichen Nähe des Gebäudes zur Primarschule sowie damit, dass die Auslastung desselben nur 60 Prozent betrage. Im zweiten Teil seiner Aussage irrt sich Herr Konrad! Im Schulgebäude Giessen, das nach der Renovation mit Bauabschluss im Januar 2010 zur Nutzung für das 10. Schuljahr vorgesehen war, wurde nachträglich die Tages-BMS zunächst mit einer, mittlerweile mit zwei Klassen untergebracht. Beide Schulen werden als Tagesschulen geführt, da Lernende aus dem ganzen

Land täglich nach Vaduz kommen und keine Möglichkeit haben, ihr Mittagessen zu Hause einzunehmen. So werden neben den Klassenzimmern und Spezialräumen zumindest bescheidene Räumlichkeiten für die Zubereitung und Einnahme der Mittagsverpflegung benötigt. Gegenüber der Belegung durch die Oberschule Vaduz hat sich die Gesamtzahl der Lernenden um 20–25 Prozent erhöht. Dies bei gleichzeitiger Reduktion des Schulraums – ein Pavillon, in dem ehemals zwei Klassen der Oberschule untergebracht waren, wurde im Zuge der Renovation aufgelöst. Zusammenfassend kann gesagt werden, dass die Räumlichkeiten des 10. Schuljahrs bestens ausgelastet sind. Zudem stellen Primarschulkinder auf der einen und Jugendliche und junge Erwachsene auf der anderen Seite an eine gute Schule unterschiedliche Ansprüche. Überlegungen auf dem mittlerweile knappen Raum noch zusätzlich eine Tagesprimarschule unterzubringen, sind deshalb auch aus pädagogischer Sicht absolut nicht nachvollziehbar.

UNO ist kein Thema

Nachstehend veröffentlichen wir eine Mitteilung des Vaduzer Bürgermeisters Ewald Ospelt.

Bei der Diskussion zum Projekt Haberfeld wird von den Gegnern wieder besseres Wissen immer wieder ins Feld geführt, das Projekt Haberfeld sei der erste Schritt zur Realisierung eines grossen Schulzentrums als Ersatz für die

heutigen Schulstandorte Äule und Ebenholz. Diese bewusste Stimmungsmache geht an den Tatsachen vorbei, ist schlicht eine Irreführung. Über das Tagesgeschehen hinaus sieht es auch die Gemeinde Vaduz als ihre Aufgabe, Perspektiven für die Zukunft zu entwickeln und diese zu beurteilen. Deshalb sind in den letzten Jahren mehrere Varianten für die Entwicklung unserer Bildungslandschaft unter Annahme un-

terschiedlicher Szenarien geprüft worden. In diesem Zusammenhang ist auch die Studie UNO/DUE entwickelt und der Bevölkerung letztlich vorgestellt worden. Aufgrund der intensiven Beurteilung der Vor- und Nachteile dieses Modells und einer gleichzeitigen Bewertung der vorhandenen Infrastrukturen wurde und wird das Modell UNO/DUE nicht mehr weiterverfolgt und ist ad acta gelegt.

fenster dörig

50 Jahre

Ihr Fensterspezialist für Neu- und Umbauten

Fenster Dörig AG, 9050 Appenzell, Tel. 071 787 87 80, Fax 071 787 18 72